



# 2010/13 Disko

<https://ads.jungle.world/artikel/2010/13/mitmachen-fuer-deutschland>

**Wo steht die Antifa heute?**

## Mitmachen für Deutschland

Von **mario möller**

**Die Antifa ist in einem erbärmlichen Zustand. Während sich einige bereits in der Volksfront gegen Nazis unersetzbar wähnen, fürchten andere um ihr Auskommen.**

Im Jahre Zehn nach der Ausrufung des »Aufstandes der Anständigen« durch die rot-grüne Bundesregierung ist die Antifa nun auch in Dresden endlich »als Akteur etabliert« (Jana Meiser in Jungle World 8/2010).

Begonnen hat der Aufstieg aus den subkulturellen Bruchbuden in die erste Reihe der Volksfront gegen Rechts mit vergleichsweise bescheidenen Bewerbungsschreiben für die Berliner Republik, die als Referenzen das geistige Urheberrecht und die Kompetenz in Sachen Antifaschismus ins Feld führten. »Genau deswegen gilt es derzeit (Sommer 2000, M.M.), sich nicht selbstbeweihräuchernd auf die eigene ehemalige Vorreiterrolle zurückzuziehen, sondern den Versuch zu wagen, das gesellschaftliche Kräfteverhältnis zu beeinflussen (...) Für die radikale Linke ist die gegenwärtige Entwicklung eigentlich das Beste, was passieren kann.« Denn sie könne »davon profitieren und versuchen, Einfluss zu gewinnen«. (Interim, September 2000)

Ein weiteres Hindernis für den Schulterschluss von autonomer Antifa und politischem Establishment war genommen, als der geplante Naziaufmarsch am 8. Mai 2005 durch das Brandenburger Tor in trauter Eintracht verhindert worden war. Während sich die notorisch klassenkampfbesessene Antifaschistische Linke Berlin selbst lobte (»Berlin bleibt rot«), brachte Horst Pankow in der Konkret das identitätsstiftende Ritual gegen Volksfeinde auf den Punkt: »Am 8. Mai feierte Berlin den kollektiven Antifa-Endsieg.«

Vor ein paar Wochen wurde von der Antifa auch das etwas anachronistisch wirkende Trauer-Dresden eingenommen. Mit einem »pragmatischen Antifaschismus«, der selbstredend nicht zu viel kritisieren, sondern »gesellschaftliche Veränderungen tatsächlich erreichen« wollte, gelang »eine grandiose Mobilisierung«. »Sambagruppen, eine mobile Küche und Info-Teams« waren die Zugpferde, um auch die etwas starrsinnigen Dresdnerinnen und Dresdner über alle Erwartungen hinaus »zum Mitmachen zu bewegen« und »Antifaschismus als breite politische Bewegung« zu inszenieren (Fels), die den Nazis »das Aufmarschgebiet streitig« macht (Avanti). Nichts Geringeres stand auf der Tagesordnung, als den »größten und bedeutendsten Naziaufmarsch Europas« zu verhindern. Kritische Spalterei kann einem solchen Anliegen nur schaden, denn eine »Auseinandersetzung mit den Nazis in Dresden und anderswo kann nicht allein auf einer theoretischen Ebene vollzogen werden. Politik muss hier praktisch werden.« (Avanti)

By the way: Dass das größte Aufkommen nationaler Sozialisten Europas alltäglich in der deutschen Ostzone zu beobachten ist, ohne dass bis heute mehr als eine Handvoll Antifa-Aktivistinnen daran »praktisch« Anstoß genommen und jene ostdeutsche Kameradschaft benannt hätten, auf deren geistiger Urheberschaft dies beruht, nämlich die Linkspartei, muss Antifa-Pragmatikern verborgen bleiben, die mittels eines Unterschriftenkartells höhere Ziele verfolgen. »Die radikale Linke hat durch ihre Bündnispolitik (u.a. mit der Linkspartei und anderen Standortschützern, M.M.) gesellschaftliche Relevanz erlangt.« (Avanti)

In der postnazistischen Gesellschaft Relevanz zu reklamieren, kann nur eines bedeuten: ganz vorn dabei sein zu wollen in jener auf den Resultaten der Shoah errichteten Nachfolgegesellschaft des NS, der die Verflechtung von Staat und Volk zu den Rackets der Verfolgungswilligen im volksgemeinschaftlichen Un-Staat als »breite politische Bewegung« (Fels) ins Werk setzte. War die westdeutsche Nachkriegsordnung – im Osten wurde die Kollektivierung gegen Klassenfeind und Kosmopolitismus wesentlich lückenloser fortgeführt – zunächst durch eine scheinbar unerschöpfliche Prosperität gekennzeichnet, welche die nationalsozialistische Mobilmachung über Wiederaufbau und Konsum, abgedeckt durch ein sozialstaatliches System der Krisenprävention, auf Sparflamme hielt, so zerstörte das Ende des Wirtschaftswunders die Annahme, dass dem Versuch, sich das Geheimnis der gelingenden Selbstverwertung des Wertes vermittels der Vernichtung der Juden anzueignen, eine Endlosschleife krisenfreier Akkumulation folgen würde. Was lag also näher, als sich auf die alten Wahrnehmungsmuster der Krise zu besinnen? Schließlich vergisst weder der Souverän etwas noch jene, die in ihm die Anklageinstanz und den Nothelfer sehen.

Das Verfolgungs- und Strafbedürfnis der demokratisierten Volksgenossen wird durch die unentwegte Suche nach Schuldigen bedient, die in den Verdacht geraten, dem Gemeinwohl durch mangelnde Loyalität und Opferbereitschaft zu schaden. Sicher ist der Antisemitismus öffentlich weitgehend tabuisiert und kann »nur« im Menschenrecht auf Israel-Kritik und im Antiamerikanismus artikuliert werden. Ansonsten sind den Feindprojektionen jedoch keine Grenzen gesetzt, seien es »Kinderschänder«, Kampfhunde, »Sozialschmarotzer« und nicht zufällig auch die standortfeindlichen Alt- und Neonazis einschlägiger Vereine, die den Zeitgeist verpasst haben und nicht einmal mehr als Stichwortgeber von Bedeutung sind.

In aller Kürze ist dies die Ausgangskonstellation für jene autoritäre Staatsantifa-Kampagne, die von den Kommandohöhen des Kanzleramtes zwar ihren Anfang nahm, im weiteren Verlauf jedoch immer mehr zur Sache seiner Vorfeldorganisationen wird – allen voran der Antifa. Linke Essentials wie »Selbstverwaltung« und »direkte Demokratie« – bei Avanti heißt das »selbstbestimmter Aktionismus« – erweisen sich in diesem Zusammenhang als Stichworte für eine Bewegung, die als Zivilgesellschaft verharmlost wird. Doch diese Volksgemeinschaft auf der Höhe der Zeit wird durch nichts Geringeres als die »faschistische Sehnsucht nach personalisierter Verfolgung« (Uli Krug) angetrieben.

Das alles könnte auch die Antifa wissen. Aber der förmliche Zwang ihrer Kader, gesellschaftliche Relevanz und Akzeptanz zu erlangen, zieht einen Massenfetischismus und eine blinde Praxispflicht nach sich, die völlig reflexionsunfähig machen. Denn die Gesellschaft, in die beständig hineingewirkt werden soll, in der man Einfluss gewinnen und in der man als exklusiver Interessenverband erfolgreich Politik machen will, ist immer noch die – wenngleich postnazistische – deutsche Volksgemeinschaft. Anstatt also mit den Massen akzeptierende Sozialarbeit zu betreiben, wären gegen sie die Waffen der Kritik zu schärfen – auch wenn sich der Volkszorn gegen zugegebenermaßen widerwärtige, jedoch marginalisierte nazistische Trachtenvereine richtet.

Während sich Avanti und Co. ehrenamtlich im Antifa-Deutschland als »verlässlicher Partner« (Fels) etabliert haben, befürchtet die Initiative gegen jeden Extremismusbegriff (Inex) aus Leipzig, gewonnenes Terrain in Form staatlich alimentierter Verdienstmöglichkeiten im Antirassismus- und Rechtsextremismus-Business zu verlieren, seit die »Veränderung staatlicher Förderprogramme gegen Rechts« vom Bundesfamilienministerium angekündigt wurde. Aus dieser verständlichen Sorge um die physische Reproduktion bemühen die Leipziger als Gegenargument die Ablehnung der so genannten Extremismusformel und beharren darauf, dass die Bedeutung der »Nazistrukturen im ›Hier‹ und ›Jetzt‹« durch diese verharmlost würde. Wie es um die exklusive Bedeutung der Nazistrukturen bestellt ist, verraten die Autoren jedoch nicht. Das verwundert nicht weiter, da außerhalb jenes Antifa-Kartells, das beständig vom rechten oder rassistischen Konsens redet, die bundesrepublikanische Realität durch eine explizite Gegnerschaft zu NPD und Konsorten – siehe Dresden – gekennzeichnet ist und es daher um deren Bedeutungsgehalt über die eigene Szene hinaus recht schlecht bestellt ist. Darüber hinaus ist auch die Behauptung von »ideologischen Schnittmengen zwischen organisierten Nazis und Mehrheitsgesellschaft« empirisch für Gesamtdeutschland nicht haltbar. Vielmehr ist es die bittere Wahrheit, dass es im Osten, der eben diametral der bundesrepublikanischen Normalität entgegensteht, sehr viel wahrscheinlicher ist, Opfer eines fremdenfeindlichen Übergriffs zu werden. Man muss den Westen Deutschlands nicht zur Vorhut des Kommunismus erklären, man sollte jedoch der theoretischen Redlichkeit willen auf den realen Unterschieden zu den Landstrichen zwischen Ostsee und Erzgebirge beharren. Es kann nicht oft genug betont werden: Die Empörung über Okkupanten aus dem Westen und soziale Kälte sind Ausdruck eines aggressiven Sozialcharakters, der Nazis, bekennende Ostler und Linke in ihrem antibürgerlichen Affekt vereint, und die Verantwortung dafür trägt die ehemalige PDS. Die Herzensangelegenheit von Inex ist aber die Empörung über die »Extremismusformel« jener staatlichen Akteure, um deren (finanzielle) Gunst man sich auf Basis des selbst verliehenen Expertenstatus in Sachen »erfolgreiche, anhaltende und breiter werdende Interventionen gegen Nazis« bemüht. Ohne einer angeblichen Mitte der Gesellschaft das Wort zu reden, muss eine materialistische Kritik beim Namen nennen, wofür rechte wie linke Ideologen stehen: die Verherrlichung des Kollektivs gegen Individuum und die Ablehnung der auf Vermittlung basierenden bürgerlichen Gesellschaft. Beides sind Essentials eines zutiefst deutschen Antikapitalismus, der das völlige Gegenteil einer Kritik an Staat und Kapital ist.